

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT –
BETRACHTUNGEN ZUR
JAHRESWENDE 2002/03

HELMUT KRAMER

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT – BETRACHTUNGEN ZUR JAHRESWENDE 2002/03

HELMUT KRAMER

Vortrag vor dem Forum Bank Austria Creditanstalt
in Wien, 2. Dezember 2002

WIFO-Vorträge, Nr. 89



Österreichs Wirtschaft – Betrachtungen zur Jahreswende 2002/03

*Prof. Dr. Helmut Kramer, Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
Forum Bank Austria Creditanstalt, 2. Dezember 2002*

Sehr verheißungsvoll sind die Wirtschaftsaussichten auf 2003 wahrlich nicht. Die Prognosen versprechen zwar ein Anziehen der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte des kommenden Jahres und damit einen leicht höheren Jahreszuwachs als 2002 (und 2001). Der Glaube an solche Vorhersagen wurde aber in letzter Zeit sehr erschüttert. Der erwartete Aufschwung wurde und wird von Prognosestermin zu Prognosestermin hinausgeschoben, die Erwartungen erwiesen sich bisher alles in allem als wesentlich zu optimistisch.

Die Wirtschaftsforscher gehen einen schwierigen Weg zwischen pessimistischen Szenarien, für die ihnen durchaus nicht die Phantasie fehlt, und dem Wunsch, die schlechte Stimmung nicht durch ungünstige Prognosen noch zu belasten. Daher behalten die derzeit vorliegenden Ankündigungen - die der EU-Kommission etwa, welche ihre Herbstprognose für 2003 vor zweieinhalb Wochen veröffentlichte - ihren gedämpften Optimismus bei: zwar sei in der nächsten Zeit, sprich im kommenden Halbjahr, ein Aufschwung kaum zu erkennen, danach hingegen sei er wahrscheinlich: neuerlich eine Parallelverschiebung des Konjunkturbilds um 6 Monate.

Wer weniger Rücksichten auf das Geschäftsklima zu nehmen hat als offizielle und offiziöse Wirtschaftsprognosen, wagt sich mit weniger verwaschenen Hypothesen an die Öffentlichkeit - und verkauft sich daher auch besser als die "amtlichen" Prognosen: eine Rezession stehe bevor, sie sei geradezu unvermeidlich.

Relativ wenige verkünden im Widerspruch dazu nach all den enttäuschten Aufschwungsprognosen der letzten zwei Jahre unverdrossen: der Augenblick der Trendwende sei demnächst gekommen, die amerikanische Wirtschaft sei kerngesund, es sei Zeit, in den bevorstehenden Boom zu investieren, zumindest an den Börsen.

Ich werde versuchen, die widersprüchlichen Argumente ein wenig abzuklopfen, um den vorsichtigen Optimismus, der sicher auch unsere eigene Prognoserevision knapp vor Weihnachten prägen wird, besser zu begründen.

Dies setzt voraus, sich zunächst mit der Hypothese einer nachhaltigen Entwicklungsstörung der Weltwirtschaft auseinander zu setzen. Für diese spricht, dass

die retardierenden Mechanismen, die global am Werk zu sein scheinen, ein ziemlich plausibles, in sich widerspruchsfreies Muster nahe legen, das überdies den Vorteil hat, auf historische Analogien verweisen zu können. So taucht, gestützt auf die Mechanismen der Depressionsökonomie, entweder der Verweis auf die nun schon mehr als ein Jahrzehnt anhaltende japanische Krise, wenn nicht gleich jener auf die unheilvollen - wirtschaftlichen wie politischen - Prozesse nach dem Crash vom Oktober 1929 auf.

Jedenfalls befänden sich die amerikanische, wohl auch die europäische Wirtschaft in einer Situation einer "unfinished recession", der eigentliche Rückschläge stehe noch bevor.

Ich bekenne, dass ich die Diagnose einer durch Überspekulation und Überinvestition hervorgerufenen längerfristigen Dämpfung der Entwicklung nicht leugne, sondern teile. Dass ich in einer solchen Situation die Gefahr wechselseitig depressiver Ansteckung nicht verkenne, sondern ernst nehme. Was diese Position von den Domsday-Propheten unterscheidet, die nun allenthalben Hochkonjunktur haben, ist, dass die historischen Analogien mit Japan und noch mehr jene mit der Krise der dreißiger Jahre, mir nicht ausreichend erscheinen.

Umgekehrt überzeugen mich jene nicht, die behaupten, es handle sich halt um eine der zahlreichen Dellen im Wachstum, ähnlich jenen, die in den letzten drei Jahrzehnten im Gefolge von Inflationsdämpfung und Ölpreisschocks mehrfach zu beobachten waren. Wenn erst die Inflation abgebaut und das Geldangebot weiter gelockert ist, werde die natürliche Dynamik rasch wieder einsetzen. Es sei überdies zu beobachten, dass der amerikanische Konsument, dem in allen Szenarien eine Schlüsselrolle zukommt, entgegen allen Ankündigungen, er werde nun den Gürtel weit enger schnallen müssen, nach wie vor Autos und Häuschen kaufe, und warum sollte er das nicht weiterhin?

Den historischen Hintergrund für die allgemeine Euphorie über die Entwicklung an den Börsen und die Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung gab zweifellos der eklatante Zusammenbruch des Realsozialismus ab, der in einen endgültigen Sieg des Börsenkapitalismus ausgedeutet wurde. Diese Überzeugung verzögerte auch, die sich anbahnenden Ungleichgewichte rechtzeitig zur Kenntnis zu nehmen.

So sehr es unerlässlich ist, die starken globalen Zusammenhänge und Rückkoppelungen im wirtschaftlichen Geschehen seit 2000 zur Kenntnis zu nehmen -

sie sind ein wesentliches Element -, wird es auch nötig sein, die Unterschiede zwischen den USA, Japan und Europa, besonders Europa herauszuarbeiten.

Es gab dennoch genug Ökonomen, die spätestens 1999 vor der entstandenen Finanzblase um die neuen Technologien warnten. Darunter waren, wie immer, die üblichen Bedenkenträger, die rasches Wachstum als nahezu unmoralisch ansehen, und die Krisengewinner, die die Ansage einer weltwirtschaftlichen Krise jederzeit wieder und bisher immer fälschlich aber gut verkauften.

Aber auch seriösere Stimmen, die eine endgültige Überwindung von ernstlichen Wechsellagen der Konjunktur, Arbeitslosigkeit und Inflation als nicht im Einklang mit grundlegenden ökonomischen Gesetzen betrachteten. Schließlich auch solche, die zwar das Potenzial der neuen Technologien als epochemachend, jedoch eben nicht so rasch wirtschaftlich nutzbar einschätzten wie offenbar die Anleger im NASDAQ.

Schließlich nüchterne Stimmen, die einfach darauf hinwiesen, dass sich die amerikanische Wirtschaft spätestens seit 1998 krass ungleichgewichtig entwickle: überzogene Börsenkurse, ungenügende Ersparnisbildung bei hoher Kreditneigung, hohes und wachsendes Leistungsbilanzdefizit und ein überbewerteter Dollar, was nicht unbegrenzt extrapoliert werden könne.

Auch Alan Greenspan wurde von diesen Zweifeln angefochten: doch entweder stellte er sie hinter wachsendes Vertrauen in epochal hohe Produktivitätswirkungen der neuen Technologien zurück oder er riskierte, wie er heute bekennt, nicht, die Blase anzustechen. Mittlerweile lässt sich zweifelsfrei erkennen, dass sich nicht nur an der Technologiebörse, sondern, von ihr getrieben, auch an den traditionellen bis Anfang 2000 die größte spekulative Blase der Wirtschaftsgeschichte aufgebläht hatte, absolut und relativ größer als jene siebzig Jahre vorher.

Was passieren kann, wenn eine überhitzte Investitionskonjunktur und eine noch viel mehr überhitzte Börse plötzlich ihre Zuversicht verlieren, konnte man in den letzten Jahrzehnten am Beispiel des Abgleitens Japan in eine Krise und in ein langes wirtschaftliches Siechtum, allenfalls auch an der überzogenen Immobilienhaussie in Großbritannien und Skandinavien Anfang der neunziger Jahre beobachten.

Man hätte es natürlich auch studieren können an Hand der Wirtschaftsgeschichte einer viel früheren Ära der Industrialisierung und des Börsenkapitalismus: etwa beim Crash des Eisenbahnbooms im späten neunzehnten Jahrhundert. Periodische Überinvestitionskrisen vor und nach der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert gaben

den Anschauungsunterricht für einen Joseph Schumpeter (1911), einen Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek.

"Österreichische Schule" oder, was nicht gleichbedeutend ist, "Austrian Economics" sind gefragt bei der Erklärung des Entstehens eines solchen Rückschlags.

Ich kann nicht behaupten, dass wir in Österreich uns bei der Diagnose besonders hervorgetan hätten. Wir hatten wohl auch Zweifel an einigen grundlegenden Hypothesen unserer Vorgänger oder an ihrer Relevanz für die heutige Situation. Etwa daran, dass der bedeutende Beitrag Schumpeters zur Erklärung des wirtschaftlichen Fortschritts durch unternehmerische Neuerungen auch den heilsamen Effekt einer Rezession impliziert. "Lasst die Krise ihr zerstörerisches Werk vollenden. Der Zusammenbruch der alten ist der Nährboden für neuere, bessere Strukturen". Ich zweifle diese Teil von Schumpeters Werk an: zumindest in der Nachkriegszeit lässt sich empirisch belegen, dass der Umbau wirtschaftlicher Strukturen bei dynamischer gesamtwirtschaftlicher Umgebung rascher vorankommt. In einer allgemeinen Krise neigen Politik, Unternehmer und Bevölkerung, sich an vorhandene Strukturen und Institutionen zu klammern, was die Sache natürlich nicht besser macht.

Sollte man das zerstörerische Werk der Krise also nicht hinnehmen? Sollte man dagegen kämpfen? Nun muss der Name Keynes fallen. Dieser ist in der - na, sagen wir - populärwissenschaftlichen wirtschaftspolitischen Diskussion und in jenen Medien, die solche Dinge überhaupt behandeln, zu einer Art Unperson geworden. Ein großer Irrrender, fast in einer Reihe mit Karl Marx zu stellen. Mit "keynesianisch" brandmarkte der Hauptstrom der unwissenschaftlichen Diskussion ungeprüft Ansichten, wenn man sie nicht gleich als "sozialistisch", jedoch als mindestens so irrig abtun wollte.

Die meisten Ökonomen in Österreich und in den meisten anderen Ländern, namentlich in Großbritannien, wenige hingegen in Deutschland, folgten dieser simplen Auffassung nicht. Wohl haben auch sie erfahren, dass sogenannte "keynesianische" oder eher "postkeynesianische" Rezepte der wirtschaftspolitischen Tagespraxis spätestens in den siebziger Jahren wirkungslos, wenn nicht schädlich wurden. Dass unkritisches Vertrauen in die Effizienz, in die Optimalität von politischen Zielvorgaben und von Entscheidungen im demokratischen und bürokratischen Staat unangebracht sind, ähnlich unangebracht wie uneingeschränktes Vertrauen in das Funktionieren freier Märkte. Politik ist in der Praxis nicht selten, nein, in der Regel, kurzsichtig, auf Eigennutz bedacht, schlecht informiert und zumindest so innovationsscheu wie Teile der Wirtschaft.

Auch wir in Österreich haben gelernt, dass die einseitige Nachfrageorientierung eines trivialisierten Keynesianismus die langfristigen Entwicklungspotenziale einer Volkswirtschaft dauerhaft beschädigen kann. Auch wir, gerade wir in Österreich haben erkennen müssen, dass Rahmenbedingungen und Signale, das Angebot zu verbessern, oftmals unzureichend sind, fehlen oder fehlleiten. Und wir, gerade in Österreich, haben genug Anschauungsmaterial für die Belastung, die ein nicht effizient organisierter Staatssektor für die Wirtschaft darstellt.

Also haben auch wir in unseren wirtschaftspolitischen Überlegungen auf die Angebotsseite der Volkswirtschaft zu achten gelernt: das bezieht sich auf die Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch auf die Förderungs- und Infrastrukturpolitik.

Wie ein Teil der Ökonomie gegen Ende der sechziger Jahre meinte, den Konjunkturzyklus überwunden zu haben ("is the business cycle obsolete?" war die Frage einer berühmt gewordenen internationalen Tagung in London 1967 - und sie wurde überwiegend zustimmend kommentiert), um wenig später erleben zu müssen, an Hand der ersten Ölkrise, dass dem keineswegs so sei, glaubten die Vertreter der supply-side-economics in den neunziger Jahren, die konjunkturelle Instabilität der Wirtschaftsentwicklung sei durch eine Kombination aus Marktliberalisierung, neuer Technologie und einer "ruhigen" (heute wissen wir: zu ruhigen) "Hand" von Geld- und Fiskalpolitik überwunden.

Auf solche und ähnliche Illusionen stützte sich aber zunehmend die Wirtschaftspolitik. In ähnlicher Weise, wie die Nachfragepolitik überbeansprucht wurde, wurde rund dreißig Jahre später die Angebotsseite unverändert seit exakt zweihundert Jahren, nämlich seit 1803 Jean Baptiste Say.

Eigentlich sagt der vom dialektischen Prozess der Theorie unverdorben Hausverstand, dass das eine, die Angebotsorientierung ohne das andere, die Nachfrageseite (und umgekehrt) limitiert ist, dass beide Seiten gesehen und je nach Situation kombiniert werden müssen.

Vor allem Europa, die EU präzise, wurde in den neunziger Jahren vom verspäteten Nachvollzug theoretischer Erkenntnisse aus den siebziger Jahren erfasst. Das führte bis zum Stabilitätspakt, dessen Grundkonzeption von vornherein von konjunkturpolitischen Illusionen ausging. Wir haben darauf 1996 hingewiesen. An sein nur für den weniger vertrauten Beobachter erstaunliches Schicksal, das darin gipfelte, dass er von dem italienischen Ökonomieprofessor Romano Prodi als stupid eingestuft wurde, kann ich mir nicht verkneifen, eine historische Pointe zu knüpfen: es war eine deutsche

Bundesregierung, die die post-keynesianischen Verheißungen der Konjunkturstabilisierung bis zur "Feinsteuerung" der Nachfrage übertrieb und ein international einmaliges, wirklich gründliches "Stabilitätsgesetz" beschließen ließ. Das war 1967. Und es war eine deutsche Bundesregierung, die dreißig Jahre später die Politik des konjunkturpolitischen Absentismus derart übertrieb, dass sie die 14 Partner in der EU den "Stabilitätspakt" in dieser Form als Vorbedingung für die Errichtung der Währungsunion unterschreiben ließ.

"There is something Faustian in these concepts" schreibt Enrique Barón (1997) über gewisse deutsche Neigungen in diesem Zusammenhang.

Nun hat sich die Instabilität der Marktwirtschaft also ungebeten zurückgemeldet. Schauriger wird das Gespenst wegen der mittlerweile sehr hohen globalen Synchronisierung der Kapitalmärkte, wegen neuer und fragwürdiger Finanzinstrumente und computergestützter Handelssysteme und wegen geradezu krimineller Machenschaften im Bereich von corporate governance unter dem Einfluss dieses Treibhausklimas.

Die amerikanische Wirtschaft, davon bin ich überzeugt, wird die Vertrauenskrise in absehbarer Zeit überwinden, auch wenn der erste Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens, der Sarbanes-Oxley-Act, in europäischen Augen ein bisschen mittelalterlich anmutet. Immerhin, die amerikanische Wirtschaftspolitik, sehr konservativ oder weniger konservativ, bejaht eindeutig eine konjunkturpolitische Rolle des Staates und agiert pragmatisch, mit einem Mix aus Geld- und Fiskalpolitik.

Gefährlicher könnte es in Europa werden, wo sich die Mitglieder der EU eines Teils ihrer nationalen konjunkturpolitischen Handlungsmöglichkeiten begeben haben und für diesen Verzicht keine Substitute auf Unionsebene geschaffen haben. Der jüngste Vorschlag der Kommission über die Reform des Stabilitätspakts geht zweifellos in die richtige Richtung, er erweitert den konjunkturpolitischen Spielraum, ohne die Budgetdisziplin fallen zu lassen.

Das ist eine schwierige Gratwanderung: Sie darf sich nicht nur an den Budgetsalden und an der Gesamtverschuldung orientieren. Es ist daher abzuwarten, in welcher Weise strukturelle und qualitative Aspekte der Staatsfinanzen berücksichtigt werden sollen, wie verhindert werden soll, dass gerade Zukunftsinvestitionen der Budgetkonsolidierung zum Opfer fallen, wofür es in allen Ländern bedenkliche Belege gibt.

Paul Krugman, Professor am MIT, für mich einer der wichtigsten Ökonomen der Gegenwart, schrieb 1999 "The Return of Depression Economics", eine für Laien, und das sind auch die meisten Politiker, lesbare Warnung vor einer Wiederholung der Fehler der dreißiger Jahre. Verhängnisvolle deflationäre Teufelskreise könnten entstehen, wenn sie nicht von einer entschlossenen Politik durchbrochen werden.

Solche Spiralen haben mittlerweile neben der nationalen auch eine globale Dimension, etwa wenn relativ hoch im Dollar verschuldete Länder trotz erfolgreicher Wirtschaftspolitik von Währungsspekulation betroffen werden und den nach der Abwertung ihrer nationalen Währung wesentlich teureren Schuldendienst vielleicht nicht mehr aufbringen können. Wenn das die Größenordnungen von Argentinien und Brasilien annimmt, hat es auch weltwirtschaftliche Bedeutung.

Es genügt nicht, gute Stimmung mit Worten machen zu wollen. Es genügt auch nicht, auf "wait and see" zu setzen.

So stehen wir also vor der Frage, ob eine Konstellation, wie sie derzeit weltwirtschaftlich angelegt ist, die "Vollendung der Rezession" (The Economist) zwangsläufig nach sich zieht. Oder ob man nicht doch annehmen kann, der Kater nach der rauschenden Umnachtung eines Dow Jones von über 11.700 und eines DAX von über 8.000 im Frühjahr 2000 werde, wenn nicht schwere Verstöße gegen die makroökonomische Hygiene gemacht werden, abklingen, ohne dass der Patient Weltwirtschaft wirklich bettlägerig wird.

Da gibt es den Hinweis auf Parallelen zur beklagenswerten Situation der japanischen Wirtschaft, die dies - bettlägerig - sehr wohl ist, schon seit einigen Jahren.

Könnte die Nipponitis auch Europa anstecken? Vielleicht Deutschland, gerade Deutschland?

Deutschland ist nicht Japan, natürlich nicht. Aber Deutschland zeigt einige Symptome, die auch in Japan am Werk sind oder waren: eine wenig reformfähige politökonomische Struktur, überkommene Prioritäten und Wertvorstellungen, die nicht nahtlos in die modernen Märkte passt, hohe Belastungen und Grenzen der öffentlichen Haushalte, welche diskretionären Maßnahmen einen sehr eingeschränkten Spielraum geben, nicht zuletzt erkennbare Schwachstellen im Finanzsektor, und vor allem Rückstände und Illusionen des makroökonomischen Verständnisses. Das alles ist in Deutschland signifikant weniger ausgeprägt als in Japan. Für die Schwachstellen

der Banken möchte ich dies trotz der Gerüchte der letzten Wochen zumindest hoffen dürfen.

Unter der Annahme, dass strukturpolitische Verbesserungen des durch lange Jahre des Erfolgs ein wenig träge gewordenen deutschen Wirtschaftssystems überzeugend angegangen und umgesetzt werden, unter der Annahme, dass die europäische Politik, die Finanzmärkte und die Unternehmen die Belastung des deutschen Staats durch den "Wiederaufbau Ost" besser verstehen und diese nicht gänzlich auf das Konto verfehlter Politik buchen, könnte man zuversichtlich sein.

Deutschland ist, zusammen mit Österreich, der wichtigste Nutznießer der bevorstehenden Osterweiterung, politisch und wirtschaftlich. Sie verbessert die deutsche Standortqualität, wie sie auch die österreichische historisch verbessert. Das erfordert freilich zusätzliche Investitionen mit langfristigem Horizont des return. Sie rechnen sich längerfristig, aber sie stützen kurzfristig auch die Konjunktur. Wenn investiert wird. Wenn man nicht auf der nationalen und auf der europäischen Bremse steht.

Was spricht eigentlich gegen die schlimmsten Befürchtungen einer ausgeprägten Weltrezession? Nur, dass sie in keiner veröffentlichten Prognose angenommen wird? Was spricht gegen die ziemlich pessimistischen Erwartungen etwa Professor Streisslers, des Doyens der Nationalökonomie an der Uni Wien?

Ich meine, man darf die Analogien zur Situation der frühen dreißiger Jahre nicht bagatellisieren. Man darf sie aber auch nicht überziehen. Natürlich ist die Welt von 2002 eine andere als jene von 1932. In welcher Hinsicht, welche Unterschiede sind relevant?

Erstens, die ganze Welt, vor allem aber die hochentwickelten Industrieländer sind ungleich reicher und wirtschaftlich potenter als sie damals waren. Krisen werden nicht so leicht zur Existenzbedrohung, die Sicherheitsnetze sind fester geknüpft, die Reserven, Rückschläge zu überdauern, sind ungleich größer.

Freilich bedeutet dies gleichzeitig, dass die kurzfristige freiwillige Reagibilität der Konsumenten größer geworden ist. Sie müssen zwar auf Einkommenseinbußen nicht sofort mit Konsumeinschränkung reagieren wie damals, aber sie können es, ohne auf den gewohnten Lebensstandard verzichten zu müssen. Wenn sie verunsichert sind, wenn mit einer Verschlechterung der Situation rechnen, stellen sie den Autokauf, die Fernreise zurück, ohne dass ihnen viel fehlt.

Für die Wirtschaftspolitik bedeutet das, dass sie Zuversicht vermitteln muss. Das ist heute wirkungsvoller und zentraler als vor siebzig Jahren, als ohnehin kaum Rücklagen zu mobilisieren waren. Zuversicht bedeutet, wohlverstanden, jedoch nicht, schöne Worte und Realitätsverweigerung. Zuversicht bedeutet, Zielvorstellungen für die Zukunft und zukunftsgerichtetes Handeln: Reformen und Investitionen.

Zweitens; aus dem gleichen Grund - weit höherer wirtschaftlicher Entwicklungsgrad - haben sich nicht nur die Konsum- und Spargewohnheiten geändert, sind flexibler geworden, sondern auch die beruflichen Verhaltensweisen, die Lebensvorstellungen, die Ambitionen und die Risikobereitschaft. Zwar wird gerade diese letztere in einer Situation wie der heutigen deutlich vermindert, aber wir können uns, sei es als Privatleute, sei es als Unternehmer, ein ungleich größeres Risiko leisten als Anfang der dreißiger Jahre.

Drittens, die Institutionen der internationalen Wirtschaftspolitik sind andere als damals, sind stärker und verlässlicher. Natürlich lernte man aus den damaligen Erfahrungen: Ein Wettlauf in den Protektionismus steht nicht bevor. Selbst wenn Europa in einem wichtigen WTO-Verfahren obsiegt, kann es sich leisten, Exekution seines Rechtsanspruchs gegen die USA zu führen, weil seine Durchsetzung weit weniger wiegt als das Risiko eines Handelskrieges. In Europa steht weitere Integration durch Erweiterung und Vertiefung der Union auf der Tagesordnung, nicht Desintegration. Darf ich erinnern, dass damals, erst in den frühen dreißiger Jahren, das Wirtschaftsgebiet der alten Donaumonarchie wirklich gänzlich zerbrach, nicht schon 1918, und dass wir umgekehrt heute gerade im Begriff sind, es nicht nur im alten, sondern in einem weit größeren europäischen Rahmen wieder herzustellen.

Die Erfahrungen der Wirtschaftspolitik: das bezieht sich auch auf die Fiskal- und Geldpolitik. Auch angesichts der kritischen Beobachtungen weiter oben. Ich habe meine Zweifel, dass die europäische Geldpolitik und die Koordinierung der Budgetpolitik in den letzten Monaten optimal waren, ich bin aber überzeugt, dass sie bei Gefahr einer gefährlichen Deflationsspirale die richtigen Schlüsse ziehen würden, und nicht grundfalsche. Das Dokument der Kommission vom 27. November 2002 über die Reform des Stabilitätspakts ist mir dafür ein Beleg. Immerhin bestehen Einrichtungen für die Formulierung und Durchführung der entsprechenden Politik, die eingespielt sind und geordnet funktionieren. Die gab es damals nicht.

Ich will mich mit diesen Hauptargumenten begnügen, die mir Zuversicht geben, auf die ich Prognosen stützen würde.

Dem könnte man entgegen halten, womit Paul Krugman sein aufrüttelndes Buch schließt: "das einzige bedeutende strukturelle Hindernis für die Prosperität sind überholte Doktrinen, welche die Gehirne der Menschen verstopfen". Albert Einstein ist da sogar noch ein wenig pessimistischer, wenn er einmal meinte: "Zwei Dinge sind unendlich: die menschliche Dummheit und das Weltall. Bei letzterem bin ich mir allerdings nicht so sicher."

Da scheiden sich natürlich die Temperamente. Man kann trotz Krugman und Einstein an die Lernfähigkeit der Menschen und der Politik glauben. Gerade, aber, weil die Argumentation Krugmans und anderer über die Gefahren der Depressionsökonomie so konsistent ist, wird sie den Lernprozess, aus den wunderschönen Stabilitätsillusionen herauszufinden, beschleunigen. In Amerika, in England und in anderen Weltregionen ist dieser Prozess schon ein wenig weiter fortgeschritten als in Deutschland und Umgebung. (Im letzten Teil meines Referats werde ich mich mit Nutzenwendungen für Österreich beschäftigen.)

Manchmal begegnet man der Ansicht, was denn schon dabei sei, wenn die Weltwirtschaft, wenn Europa, auch wenn Österreich nun durch eine Phase unterdurchschnittlichen Wachstums gingen. 1 Prozent Wachstum auf dem hohen Niveau, das in den Industrieländern Westeuropas erreicht ist, sei immerhin noch immer Wachstum. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 wird allerdings die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt kaum ein jährliches Wachstum von 1 Prozent erreichen, und die Hoffnung darauf, dass Österreich diese Marke signifikant überschreitet, sind auch noch nicht sehr gut.

Ein so geringes Wachstum bedeutet, dass eine Volkswirtschaft deutlich hinter ihren Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt. Bedeutet also sinkende Kapazitätsauslastung, sinkende Erträge, steigende Arbeitslosigkeit. Die möglichen Erträge und Einkommen sind nicht nur temporär entgangen, sondern vielleicht dauerhaft, weil Investitionen, die längerfristig sinnvoll sind, zurückgestellt werden, weil Strukturveränderungen und Reformen, die die Effizienz der Volkswirtschaft längerfristig heben, schwerer fallen, nicht durch zu bringen sind.

Die offiziellen Prognosen für 2003 - und die in Kürze vorzulegende des WIFO wird keine Ausnahme darstellen - nehmen im Lauf des Jahres 2003 eine allmähliche Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung an. Diese Erwartung stützt sich auf Zuversicht über die Konsumneigung der Bevölkerung, auch in Europa. Dabei nimmt, etwa die EU-Kommission nicht etwa an, dass sich die Realeinkommensentwicklung

gegenüber 2002 verbessern wird. Zusätzlicher Konsum kommt in ihrer Prognose nur aus einer verbesserten Zuversicht der Konsumenten und auf eine leicht steigende Zahl an Beschäftigten (genauer: Beschäftigungsverhältnissen). Die Sparquote, gemessen an den verfügbaren Einkommen, werde unverändert bleiben.

Die Konjunkturbelebung wird - wohlgermt - nicht etwa von den Exporten oder von einer Verbesserung des Investitionsklimas erwartet. Wohin sollten die Exporte auch gehen, wenn nahezu alle Weltregionen von der Schwäche der Inlandsnachfrage befallen sind und wenn außerdem der Euro gegen den Dollar immerhin um 15 bis 20 Prozent teurer notiert. Den Schlüssel für eine allmähliche Wachstumsbeschleunigung hat also - etwas vereinfacht gesprochen - der deutsche Sparer in der Hand. Sie werden mit mir übereinstimmen, dass das ein relativ zweifelhaftes Konjunkturargument ist, insbesondere, wenn die Regierung Schröder nun weiterhin den Staatshaushalt konsolidieren muss, also die Nachfrage nicht aktiv stützen kann.

Die europäische und die Koordination der nationalen Wirtschaftspolitik müssen der Zuversicht der Konsumenten und Investoren nachhelfen, wenn die nationalen Spielräume wegen Integration so beschränkt sind.

Gelegentlich wird argumentiert, dass ein Zinsschritt der EZB, der für die Sitzung diese Woche erwartet wird, zu spät komme. Dass er Investitionsentscheidungen angesichts der internationalen Nachfrageschwäche kaum mehr stimulieren werde, im Gegenteil, dass er als Signal gedeutet werden könnte, dass nun auch die stark, manche sagen: allzu stark, stabilitätsorientierte EZB einsehe, die Konjunktur ist stärker in Gefahr als die Preisstabilität.

Für einen solchen Schritt spricht dennoch, dass die, zugegeben, niedrigen Leitzinsen sich auf dem Markt für längerfristige Investitionsfinanzierungen nicht wirklich durchgesetzt haben: die Banken sind aus gegebenem Anlass vorsichtiger geworden, sie verlangen höhere Sicherheiten und Risikoaufschläge, sie bereiten sich auf Basel II vor, die Zinsdifferenz zwischen Staatsanleihen und corporate bonds hat deutlich zugenommen, und an den Börsen frisches Kapital zu gewinnen, ist klarerweise derzeit wenig attraktiv. Umgekehrt hat sich die Ertragsspanne in weiten Teilen der Wirtschaft erheblich verschlechtert. In einer solchen Situation erwarte ich von einem, wahrscheinlich doch zögerlichen Schritt der EZB, keine Wunder, aber eben doch ein Signal, dass die konjunkturpolitische Herausforderung auch dort ernst genommen wird.

Die bedrückend ungeschickte Debatte über den Stabilitätspakt hat immerhin bewirkt, dass die primäre Stabilisierungsfunktion der Staatshaushalte, nämlich die automatisch eintretenden Effekte zuzulassen, nun, anders als noch bis zum 11. September 2001, nicht mehr in Frage gestellt wird. Es ist ein politisches Geplänkel, dass die überwiegend kleinen EU-Mitglieder, die ihre Staatshaushalte bis 2001 einigermaßen in Ordnung gebracht haben - die Skandinavier etwa und Belgien und vielleicht auch Spanien. Österreich spielt nicht wirklich in dieser Liga, sondern zusammen mit Großbritannien, den Niederlanden und Griechenland im Mittelfeld -, zusehen müssten, wie einige große Partnerländer, allen voran Deutschland, Frankreich und Italien ihre Neuverschuldung kräftig ausgeweitet hätten. Sie hätten also ihrer Wirtschaft und ihrer Bevölkerung Lasten auferlegt, während sich die Großen herausnahmen, diesen politisch mühsamen Weg kaum in Angriff zu nehmen.

Abgesehen davon, dass das zumindest für Deutschland kaum stimmt - dort ist eine missglückte Steuerreform die Hauptursache des Desasters - muss man sich schon darüber klar sein, dass die Konsolidierung den Kleinen schwerer gefallen wäre, wenn sie die Großen ähnlich kraftvoll vorangetrieben hätten. Und noch viel mehr: wie es um die europäischen Konjunkturaussichten bestellt wäre, in erster Linie jene der Nachbarländer, wenn die deutsche Budgetpolitik den verzweifelten, wahrscheinlich kontraproduktiven Versuch unternehmen würde, das entstandene Defizit rascher abzubauen, als sie nun versprochen hat. Das spricht sie von gravierenden Fehlern und Versäumnissen, die zu dieser Situation geführt haben, nicht frei.

Kommen wir, nachdem ich sehr weit ausgeholt habe, wofür ich um Ihr Verständnis bitte, zu Österreich.

Die Entwicklung unserer Volkswirtschaft ebenso wie die Einschätzung der Wirtschaftspolitik der letzten zweieinhalb Jahre war verständlicherweise im Wahlkampf heftig umstritten. Sie bewegte sich zwischen Extremen. Die eine Extremposition: Österreich sei weit zurückgefallen. - Alles oder das meiste habe sich zum Besseren gewendet, die andere. Die Budgetpolitik sei nur oberflächlich vorangekommen, in Wirklichkeit hätten sich die Reformanstrengungen in steigenden Belastungen der Steuer- und Beitragszahler niedergeschlagen, die eine. - Der jahrelange Reformstau im Staatssektor und im Sozialbereich sei aufgelöst, die Reformen seien auf einem guten Weg; zugegeben, es sei noch viel mehr zu tun, die andere.

Unabhängig von der Parteien Streit und Hader kann man wohl feststellen, dass einige im Prinzip richtige und notwendige Reformschritte auch tatsächlich umgesetzt wurden. Weniger allerdings, als das sehr professionelle Marketing der Regierung glauben machen will, und vor allem weniger, als längerfristig verlässliche und günstige Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaft verlangen würden.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen. Es ist einerseits durchaus richtig, wenn die Regierung darauf verweist, dass für Forschung und Entwicklung noch nie so viel ausgegeben wurde - notabene aus Einmal Erlösen der Privatisierung -, es ist aber gleichfalls richtig, dass gerade deshalb die Forschungsfinanzierung im Moment in der Luft hängt, dass die Sondermittel nun für viel versprechende Entwicklungsnuklei drohen zusammenzufallen, wenn der Anschluss nicht bald und nicht mittelfristig gesichert wird. Abgesehen davon, dass der Forschungsaufwand und die Forschungsorganisation Österreich auch nach der Sonderanstrengung noch nicht unter die am meisten fortgeschrittenen Länder einreihen.

Beim Amtsantritt wird sich die neue Bundesregierung in einer im Vergleich zur ähnlichen Situation vor drei Jahren kaum komfortableren Lage befinden. Sie wird rasch einen neuen Staatshaushalt zustande bringen müssen und sie muss die damals in Angriff genommenen Reformbemühungen wieder aufnehmen, dringend, um vor dem nächsten Wahlkampf genug Zeit zu haben.

Wahrscheinlich muss sie die ausstehenden Reformen grundsätzlicher angehen als damals, als besondere Eile geboten erschien und daher analytische wie politische Vorbereitungen nicht selten zu kurz kamen. Nicht um Schnellschüsse darf es gehen, sondern um durchdachte Konzepte, in aller Regel mit einem Zeithorizont, der diese Legislaturperiode deutlich überschreitet.

Kaum komfortabler ist die Situation zunächst einmal wegen der gegenüber damals stark verschlechterten Konjunkturperspektiven. Phasen sehr schwacher Konjunktur sind Reformvorhaben kaum je förderlich, meist im Gegenteil. Ausgeklammert sei der Fall, es komme zu einer akuten Krise, in welcher so viel verloren ginge, dass sich die Bereitschaft, alles neu zu machen, unmittelbar aufdrängt. Wir wollen das nicht annehmen, auch nicht, dass Österreich erst in eine solche Situation geraten muss, um die notwendigen Reformen umzusetzen.

Immerhin bedeuten die eher trüben Konjunkturaussichten, dass auf die Nachfragewirkung der Wirtschaftspolitik diesmal mehr Rücksicht verwendet werden muss als Anfang 2000, am Höhepunkt des globalen New-economy-Rausches. Damals

war angesichts der ungebrochenen globalen Wachstumserwartungen natürlich die scharfe und umgehende Konsolidierung der Staatsfinanzen unbestrittene und vorrangige Priorität.

Dieser Konsolidierung wollte man sich auch weiterhin verschreiben, als die Wirtschaftsforscher mit einer peinlichen und beklagenswerten Verspätung - sie waren gegen die allgemeine Haussestimmung und andere Illusionen auch nicht gänzlich immun - von etwa einem Jahr ihrer Pflicht nachkamen und im Frühjahr 2001 Alarm schlugen. Ohnehin mit zurückhaltenden Worten. Um sogleich ermahnt zu werden, die zufriedenstellende europäische Konjunktur nicht schlecht zu machen. Auch für die österreichische Bundesregierung kamen die neuen und ungünstigeren Konjunkturdiagnosen höchst ungelegen, glaubte sie doch mit dem vorzeitigen Beschluss des Bundesbudgets 2002 im April 2001, den Konsolidierungskurs für rund 20 Monate festschreiben zu können. Ein Konjunkturrückschlag war dabei nicht vorgesehen.

Die Budgetpolitik für 2003 wird nicht umhin können, die weiß Gott wenig beruhigenden Aussichten auf eine Erholung explizit zu berücksichtigen. Allein schon von der Saisonspitze der Winterarbeitslosigkeit wird in den ersten Wochen der Tätigkeit der neuen Regierung entsprechender medialer Druck ausgehen.

In einem solchen Umfeld wäre der temporäre Verzicht auf Konsolidierungsfortschritte gut zu begründen, ist die Stimulierung der Inlandsnachfrage natürlich ein Thema, wenn sie nur aussichtsreich erschienen.

Nicht jede Stärkung der Kaufkraft des privaten Sektors um den Preis eines höheren Staatsdefizits ist sinnvoll. Die Kriterien für eine intelligente Konjunkturpolitik sind im Vergleich etwa zu den siebziger Jahren anspruchsvoller geworden:

die dramatisch gewachsene Öffnung der heimischen Volkswirtschaft lässt einen hohen Kaufkraftabfluss ins Ausland erwarten, wo notabene gleichfalls schwache Nachfrage herrscht. Die Volatilität der Dispositionen der Konsumenten, wir haben schon darauf hingewiesen, hat stark zugenommen. Dazu kommt, dass sich der Fiskus auch nicht an Steuerquellen schadlos halten kann, die drohen, ins Ausland zu flüchten, wenn er seine Spielregeln verändert. Alles würde die Schiefelage des Staatshaushalts höchstwahrscheinlich stärker, ohne dass der Konjunktur nennenswert und nachhaltig geholfen wäre. Das würde nach sich ziehen, dass für echte Reformvorhaben kein Spielraum mehr besteht, weil diese sehr häufig nicht sofort zu Einsparungen führen, sondern im Gegenteil einen gewissen Mehraufwand voraussetzen.

Eine Steuerreform, die diesen Namen verdient und nicht einfach nur eine Reduktion der Tarifsätze im Rahmen des gegenwärtigen, strukturell reformbedürftigen Systems, kann wahrscheinlich nicht aufkommensneutral durchgeführt werden, will man die Widerstände derer, die davon nicht begünstigt werden - und das ist das Kennzeichen einer Strukturreform, dass Lasten umverteilt werden - in der politische Praxis überwinden. Nachhaltige Reformen im öffentlichen Dienst setzen häufig, will man über Bilanzkosmetik hinausgehen, eine temporäre Entschädigung der betroffenen Beamten voraus, etwa beim Ersatz der Pragmatisierung durch privatwirtschaftliche Vertragsverhältnisse.

Was trotz des geringen Spielraums in den öffentlichen Haushalten kurzfristig getan werden könnte und auch getan werden sollte, muss sich daran messen lassen, dass es die Effizienz der Volkswirtschaft über den konjunkturellen Anlass hinaus stärkt, gleichzeitig außerdem kurzfristig fundierte Zuversicht vermittelt und die ärgsten Druckstellen beseitigt.

Ich habe in den letzten Wochen mehrfach darauf hingewiesen, dass ich darunter wirkungsvolle Maßnahmen zur Höher- und Neuqualifizierung von Arbeitskräften verstehe, die gegenwärtig schwach gefragt und daher in zu großer Zahl arbeitslos sind, dies nicht zuletzt in Hinblick auf die wachsende Konkurrenz aus den Nachbarländern nach der EU-Erweiterung. Auf die dringende Notwendigkeit, für die Forschung eine höhere und gesicherte Basis zu erhalten, habe ich schon hingewiesen. Ich breite diesen Punkt nicht weiter aus, um mich einerseits nicht dem Verdacht auszusetzen, pro domo zu sprechen, und auch, weil das der wortgewaltige Präsident der Akademie der Wissenschaften weit besser kann als ich.

Nur so viel: Recht hat er. Schließlich wären Maßnahmen vertretbar, die die niedrigsten Einkommen stärken, ohne Gefahr zu laufen, in den Import oder den Sparstrumpf zu versickern und ohne die Beschäftigungsproblematik im Bereich geringer Qualifikationen zu verschärfen.

Eine Anhebung des kollektivvertraglichen Mindestlohns auf die ach so suggestiven 1.000 Euro zählt sicher nicht zu den Schritten, die diesen Kriterien entsprechen. Dieser Vorschlag ist, obwohl er nahezu der einzige ist, in welchem erstaunlicherweise alle wahlwerbenden Parteien übereinstimmten, gleichzeitig der unsinnigste. Es kann nicht darum gehen, die offizielle Arbeit für weniger Qualifizierte weiter zu verteuern, mit dem absehbaren Effekt, dass noch mehr von ihnen in den Pfusch abgedrängt werden oder eben arbeitslos bleiben. Es kann nur darum gehen, ihre Nettoeinkommen anzuheben.

Dafür gibt es Modelle, die allesamt nicht ganz ohne Nebenwirkungen sind, über die in Österreich jedoch ernstlich, abseits des Wahlkampfs und mit ökonomischem Sachverstand gesprochen werden müsste.

A propos Pfusch: der große Abstand zwischen der Nettoauszahlung an Lohn und den Bruttokosten für den Arbeitgeber ist natürlich der beste Nährboden für den grauen Sektor. Mit dieser Argumentation scheint die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten am überzeugendsten. Ein erster Schritt in dieser Richtung ist gut begründbar, aber er muss auf Sicht ergänzt werden durch eine generelle Abgabenreform und durch ein umfassenderes Paket zur Verlagerung eines Teils der informellen Wirtschaft in die Legalität.

Die Zielvorstellung, die weit überdurchschnittliche Abgabenbelastung in Österreich zu senken, ist in den Raum gestellt. 40 Prozent sollen angepeilt werden. Diese Marke halte ich nicht so sehr deshalb für sinnvoll, weil wieder einmal eine suggestiv runde Zahl angepeilt wird, sondern weil sie genügend ambitioniert ist, um eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Aufgaben des Staates zu provozieren.

An zweiter Stelle steht für mich noch immer nicht die öffentlich am stärksten argumentierte Vorstellung, als Standort international wettbewerbsfähig zu bleiben. Da könnte man sich schon fragen, warum Finnland und Schweden mit einer signifikant höheren Abgabenquote von den internationalen Ratings der Standortqualität durch Managerbefragungen nicht nur besser als Österreich eingestuft werden, sondern überhaupt als führend in der Welt.

An zweiter Stelle kommt für mich das Argument, dass die Staatsfinanzen, ist ihr Finanzierungsspielraum in einigen Jahren noch immer bis an die Grenzen ausgereizt, nichts mehr beitragen könnten, wenn unter dem Einfluss der Demographie der Sozialaufwand automatisch hinaufgetrieben würde. Zur Abfederung dieses Trendbruchs kann der Staat nur beitragen, wenn er ein bisschen Manövrierspielraum hat. Selbstverständlich, um nicht missverstanden zu werden, bedeutet das nicht, dass die Staatsbudgets die Effekte der demographischen Wende auf unabsehbar lange Zeit finanzieren könnten und dass weitblickende Reformen schon viel früher unerlässlich sind.

Es ist mir nicht möglich, an dieser Stelle auf Ziele und Inhalte einer Steuer- und einer Sozialreform einzugehen. Dass beim Staatsaufwand angesetzt werden muss, will man die Abgabenquote senken, sollte ohnehin selbstverständliche Prämisse sein. Dabei müssen die Aufwandsschnitte nicht unbedingt vorangehen. Der Finanzminister muss

das Geld, auf das er auf der Einnahmenseite verzichtet, noch nicht in der Schublade haben. Aber die Konzepte für die Einsparungen müssen zumindest gleichzeitig mit dem Verzicht bis ins Detail - nein, nicht "auf dem Tisch liegen", sondern - wirksam werden, verbindlich beschlossen, Gesetz sein.

Die neue Bundesregierung erwartet von der wenig komfortablen konjunkturellen Situation einmal abgesehen, eine Vielzahl von Aufgaben. Auch die Vertreter der bisherigen räumen ein, dass der größere Teil der Reformvorstellungen noch offen ist.

In der mir zum Schluss noch verbleibenden Zeit kann ich nicht alle denkbaren Vorhaben diskutieren. Ich möchte mich vielmehr auf drei große Herausforderungen konzentrieren, und darauf, wie sie besser als bisher bewältigt werden könnten.

Drei der ganz zentralen Herausforderungen sind:

1. Die Chance eines großen Europa besser zu nützen.
2. Wirtschaft und Gesellschaft innovativer zu machen.
3. Grundlegende Reformhindernisse zu überwinden.

In wenigen Tagen wird der Europäische Rat in Kopenhagen voraussichtlich den Abschluss der Verhandlungen mit zehn Beitrittskandidaten billigen. Der formelle Weg für ihre Aufnahme im Jahr 2004 wird frei. Die Europäische Union wird dann vom Westen Irlands bis Zypern, und von Madeira bis ins Baltikum reichen. Noch nie in der Geschichte gab es auf dem Boden des geographischen Europa eine so große politische Struktur. Und Österreich wird dann tatsächlich politisch und wirtschaftlich "dem Erdteil inmitten" liegen.

Erstaunlicherweise reagieren Teile der Öffentlichkeit und der Politik auf diese Vision mit einer Mischung aus Skepsis und Abwehr, nicht unbedingt grundsätzlich, doch in Bezug auf eine Unzahl von Konsequenzen, die dieser Vorgang im einzelnen mit sich bringen könnte.

Zur Überwindung dieses emotionellen Gartenzauns können die Wirtschaftsforscher nicht allzu viel Handfestes beitragen, weniger jedenfalls, als manche engagierten Befürworter annehmen. Die Ökonomen sind sich zwar weitgehend einig, dass die Erweiterung längerfristig per Saldo einen Zuwachs an Wertschöpfung nicht nur in den Beitrittsländern, sondern auch bei uns ermöglichen wird.

Das heißt aber im Klartext:

- Diese Effekte treten voraussichtlich nicht kurzfristig ein. Im Gegenteil, anfangs ist mit einer überwiegend wenig bequemen Anpassungsphase zu rechnen, weniger bequem freilich aller Voraussicht nach für die neuen Mitglieder, die sich in dieser Hinsicht Illusionen machen.
- Diese Effekte treten nicht unter allen Bedingungen ein. Eine Erweiterung kann, zum Unterschied vom neoklassischen Lehrbuchmodell, durchaus auch ein Misserfolg werden, sogar ein Desaster. Dann, wenn die makroökonomischen Rahmenbedingungen falsch gesetzt werden, wenn die mikroökonomische Reife der beitretenden Volkswirtschaften dem erhöhten Wettbewerbsdruck nicht standhält, wenn die politischen Spielregeln und Institutionen nicht adäquat sind. Ich kann nicht ganz unterdrücken, dass ich in allen drei Aspekten noch einige Zweifel habe.
- Diese Effekte sind netto zu verstehen, was auf Deutsch heißt: es wird Gewinner und Verlierer geben, beiderseits der niedergelegten Grenzen. Es ist eine alte politologische Erfahrung, dass diejenigen, die von Verlusten bedroht sind, sich politisch wirkungsvoller und lauter artikulieren als die Gewinner, dass Defensive mehr Druck macht als Offensive. Dessen sollte sich die Politik bewusst sein. Wer aber wartet, bis der Zaun tatsächlich beseitigt ist und ungünstige Eventualitäten eintreten, zählt mit Sicherheit zu den Verlierern.

Ökonometrische Modelle geben den Nettozuwachs für die österreichische Wertschöpfung in der Größenordnung von 1 bis 2 Prozent des BIP, nicht jährlich, sondern kumuliert über mehrere Jahre an, ohnehin deutlich mehr, sogar am meisten, als für alle anderen bisherigen EU-Mitgliedsländer. Da mag sich mancher die Frage stellen: ist diese Verheißung nicht zu klein, um die vielen politischen Widerstände und Unwägbarkeiten in Kauf zu nehmen?

Unsere Modelle basieren auf Beobachtungen aus der Vergangenheit. Die Erweiterung ist historisch ohne Vorbild, in ihrem Ausmaß, in ihren Potenzialen und in ihren Risiken. Wir können ihre Effekte in Wirklichkeit kaum quantifizieren.

Daher qualitative Überlegungen: die österreichische Wirtschaft ist wie die unserer Partner in die Ära der Netzwerksökonomie eingetreten. Sie kooperiert mit ausländischen Partnern nicht mehr nur über den Außenhandel, über Zulieferungen und über Direktinvestitionen, sondern über einen noch nie so effizienten Informationsaustausch. Das spiegeln die Daten aus der Vergangenheit nur

ungenügend. Die ökonomischen und die dynamischen Potenziale einer vernetzten Wirtschaft, der Arbeitsteilung unter der Voraussetzung dichter, billiger und äußerst schneller Kommunikation sind größer als früher. Diese effizientere und tiefere Arbeitsteilung bringt zusätzliche Wertschöpfung. Besonders dann, wenn sie durch gleiche und gemeinsame Regeln und Rahmenbedingungen ermutigt wird, also durch die Übernahme des Rechtsbestands der EU in den neuen Mitgliedsländern.

Ich erwarte, dass auf diese Weise ein dynamischer Wirtschaftsraum Mitteleuropa entstehen kann, dessen Arbeitsteilung eine höhere Effizienz aufweisen wird als jener der alten Monarchie.

Umgekehrt müssen wir die Erwartungen zusätzlicher Wertschöpfung daran messen, was ohne Erweiterung passieren würde. Kurzfristig vielleicht wäre der Status quo vielleicht bequemer. Längerfristig müsste man aber damit rechnen, dass die schon eingetretene europäische Ost-West-Integration gelockert würde, weil Enttäuschung entstehen könnte, weil Kooperation nicht möglich ist, politische Krisen aufflammen könnten und Desinvestition eine Option wäre. Der Vorteil der Erweiterung ist also nicht am Status quo zu messen, sondern an einem Status quo minus.

Ich lasse bei diesen Überlegungen die historischen politischen Vorteile der europäischen Zusammenarbeit gänzlich weg, die ich für noch bedeutender als die rein wirtschaftlichen halte, freilich gibt es zwischen dem einen und anderen untrennbare Zusammenhänge.

Österreich muss seine Chance in Europa ohne Zaudern und Kleinlichkeit, aber auch ohne irrealen Illusionen und forcierte Begeisterung nützen. Die Kooperation findet in Zukunft in der EU statt, was bedeutet, dass ohnehin nicht sehr erfolgreiche mitteleuropäische Sonderinitiativen sich daran orientieren sollten, was innerhalb der EU und mit der EU zu erreichen ist.

Phasen schwacher Wirtschaftsentwicklung sind für Innovationen nicht förderlich. Sie nähren eine Haltung des Abwartens, Risikobewusstsein bis Risikoscheu, Abwehr gegen Veränderungen, Verteidigung von erworbenen Positionen.

Die Politik muss jedoch auch in einer solchen Situation die Innovationsbereitschaft der Volkswirtschaft stärken. Dazu reicht jedoch die Proklamation von Nicht-Raunzer-Zonen nicht aus, so nützlich positives Denken als Grundlage auch sein mag. Nein, es müssen

schon, handfest belegt, Voraussetzungen erbracht werden, wie günstig die Voraussetzungen für Innovationen in diesem Staat sind.

Wenn die Politik leider, aber zu Recht infolge von Sünden in der Vergangenheit, die Konsolidierung der Staatsfinanzen in der Reihenfolge der Dringlichkeiten an erste Stelle reihen muss, dann muss sich gleichzeitig betonen, dass sie an zweiter Stelle für die Zukunft mehr als nur durch einen ausgeglichenen Haushalt vorsorgt, so wichtig diese Voraussetzung ohne Zweifel ist.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen nahm in allen europäischen Staaten unter anderem in Kauf, dass Investitionen gekürzt und dass Steuern erhöht wurden. Beides im Prinzip grundfalsch, wenn man weiß, dass höhere Wirtschaftsdynamik fast von selbst bessere Voraussetzungen für die Konsolidierung der Staatsfinanzen schafft. Ich spreche nicht nur, nicht einmal in erster Linie von der höheren und verlässlicheren Finanzierung des Forschungssektors. Ich spreche auch nicht von der da und dort bedenklichen Verschlechterung des Zustands der Infrastruktur. Ich meine gerade auch die Überprüfung von Ausbildungsgängen, -inhalten und -kapazitäten, von der innovationsfreundlicheren Gestaltung des Einkommens- und Umsatzsteuerrechts, von den Angeboten des Kapitalmarkts und generell von der strategischen Evaluierung der Zukunft.

Die Zukunft als Dimension ist gemäß eines uralten Ondits in Österreich unterbelichtet, weil der Österreicher voll Vertrauen in die Vergangenheit blickt. An dieser Stelle kommt alljährlich mein Appell, die Gestaltbarkeit der Zukunft in Österreich mehr zum Thema zu machen, die Diskussion über wünschenswerte Zukünfte aufzunehmen und zu organisieren. Der Appell ist angesichts der fundamentalen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Alterung, die ab dem kommenden Jahrzehnt bevorstehen, nur noch viel dringlicher geworden.

Die jüngsten internationalen Ratings, etwa die viel diskutierte PISA-Studie, stellen dem österreichischen Schulwesen eine vergleichsweise gute Note aus, teilweise eine ganz hervorragende. Wir nehmen das mit Genugtuung zur Kenntnis. Die Genugtuung bezieht sich in erster Linie darauf, dass die österreichische Schulbildung deutlich besser abschneidet als die deutsche. Relativ wenig wird diskutiert, warum sie bei ähnlichem materiellen Aufwand so weit etwa hinter Finnland zurückliegt. Wenig wird auch beleuchtet, ob die Kriterien der PISA-Studie tatsächlich über die Zukunftsfähigkeit der Schulabsolventen Auskunft geben.

Gewiss, sie erlernen vielleicht eine zufriedenstellende Anwendung kultureller Grundfähigkeiten. Mir kam gelegentlich der Verdacht, die höhere Schulbildung in Österreich vermittle zu wenig politische und wirtschaftliche Kenntnisse, die in die Lage versetzen, aktiv an der Gestaltung von Wirtschaft und Politik in der Demokratie mitzuwirken. Ich habe die gängigen Schulbücher für österreichische Gymnasien der Oberstufe darauf hin kritisch durchgelesen.

Ich war erstaunt, wie stark ausgebaut der Bereich Sozial- und Wirtschaftskunde sowie wie stark politische Bildung dort Eingang gefunden hat, gegenüber früher ist. Es wird eine Vielzahl von Fakten, es werden Institutionen in ihrer Struktur dargestellt, es werden Grundbegriffe der Nationalökonomie und der Wirtschaftspolitik erläutert, natürlich auch wichtige rechtliche Prinzipien und Gegebenheiten. Alles ungleich mehr und besser und richtiger als früher. Eindeutig ein Fortschritt.

Und dennoch bleiben Bedenken: ich fürchte, das Verständnis, das politische und wirtschaftliche Verständnis bleibt unterentwickelt, weil drei Dimensionen kaum zu finden sind: erstens, warum, auf Grund welcher Absichten und Interessen etwas so konstruiert ist, wie es ist, wie es dargestellt wird, zweitens; es fehlt über weite Strecken die Dimension Zukunft, und drittens, warum unser Wohlstand auf internationaler Zusammenarbeit, wenn Sie wollen, Globalisierung beruht.

Die Absolventen könnten in eine Zukunft entlassen werden, die höchst wahrscheinlich nicht die Extrapolation der Geschichte ist. Aus der Geschichte kann man lernen? Ein berühmter Historiker, Eric Hobsbawm, spricht den Punkt an: wieviel Geschichte brauchen wir für die Zukunft? Wir brauchen sie, zweifellos, aber wir brauchen auch direkte Auskünfte, in welche Zukunft die Welt und unsere Gesellschaft gehen und wie diese Welt gestaltet werden könnte. Es gibt zumindest einige Rahmenvorstellungen und Größenordnungen.

Zum Schluss: vielfach wird auch in Österreich ein Phänomen diagnostiziert, das in Deutschland Reformstau bezeichnet wurde. Der Begriff ist nicht immer fair gegenüber der Politik, denn mindestens ebenso bedenklich hielte ich Reformwut um jeden Preis, wie sie auch manchmal antönt. Ich bin auch nicht sicher, ob eine Diskussion über Reformstau in Österreich einen stärkeren Anlass hat als etwa in Frankreich oder in Italien. Aber auch hier wieder, auch wenn es Länder gibt, in welchen vielleicht noch mehr geschehen müsste als bei uns, können wir uns damit nicht zufrieden geben.

Aber es gibt Befunde, weshalb der implizite *contrat social* und der Generationenvertrag, auf welchen Österreichs Zukunft beruhen, möglichst explizit gemacht und überprüft werden sollten. Einschlägig sind vor allem die ungeheuer groß gewordene Diskrepanz zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, die unhaltbare Position, in die die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik seit Jahren verwiesen ist, oder die sich immer drängender stellenden Frage nach den Strategien für die heraufziehende Ära der Alterung in allen ihren Konsequenzen.

Auch die Beobachtung, dass Verbesserungen der Funktionsweise der öffentlichen Dienste, welche die jetzt zu Ende gegangene Regierung tatkräftig angepackt hat, immer wieder Oberfläche und nur kurz wirksam bleiben, so lange nicht Grundprinzipien diskutiert werden. Es geht nicht nur um die Erneuerung des Finanzausgleichs; sicher: darum auch.

Die Ideen, die ein Franz Fiedler oder ein Max Kothbauer unter dem Label "Österreich-Konvent" übereinstimmend vorbrachten, entsprechen offenbar einer verbreiteten Stimmung und, in aller Demut, auch meinen obigen Gedankengängen. Sie sollten, auch aus Sicht eines Ökonomen, jedoch das Funktionieren des demokratischen Gemeinwesens einbeziehen, die Paradoxa der Demokratie ansprechen, die Shmuel Eisenstadt (1999) im Spektrum zwischen Fragilität, Kontinuität und Veränderung erblickt.

Das Jahr 2003 sollte nicht nur der Überwindung einer unangenehmen Konjunktursituation und der weiteren Verbesserung des Strukturen des Staatshaushalts - nicht bloß und gar nicht zuerst des Netto-Defizits! - gewidmet sein; sondern auch einer organisierten Anstrengung und Erforschung, wie die Ideen über eine institutionelle Erneuerung Österreichs mit den Anliegen der Bevölkerung und mit der internationalen Umgebung in Zukunft zusammenpassen.

Zitierte Literatur:

- Barón, Enrique: *Europe at the Dawn of the Millenium*. London 1997, p. 133.
Bronfenbrenner, Martin (ed.): *Is the Business Cycle obsolete?* Washington 1969.
Krugman, Paul: *The Return of Depression Economics*. London 1999.
Eisenstadt, S.N.: *Paradoxes of Democracy. Fragility, Continuity and Change*. Washington D.C., 1999.

© 2002 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20 • A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: EUR 8,00 • Kostenloser Download:

http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23200&pub_language=-1&p_type=0